

## Die Würfel sind gefallen

Bundestagswahl 2002

Die Wahl ist durch das Wählervotum denkbar knapp zugunsten der amtierenden Koalition entschieden worden. Auch die neuesten Erklärungen der Bundessozialministerin, Frau Ulla Schmidt, lassen für die kommende Legislaturperiode nichts Gutes erwarten. In Ihrem Offenbarungseid Ende Oktober hat sie die Katze aus dem Sack gelassen: Einsparungen auf der ganzen Linie. Davon betroffen sind die Industrie, die Apotheken, die Krankenkassen und auch die Ärzte. Es ist richtig, dass bei der hohen Arbeitslosigkeit und dem demografischen Wandel in Deutschland Kosten gespart werden müssen. Ob man das allerdings mit einem Vorschaltgesetz erreicht, scheint fraglich. Von einer umfassenden Gesundheitsreform ist bisher wieder nichts zu bemerken. Tragfähige Konzepte und eine Aufklärung der Bürger über die Zukunft der Krankenversicherung erfolgen durch die Politik zurzeit nicht. Der Spagat zwischen Sozialstaat und Leistungsbeschränkung wird Rot-Grün nur schwer gelingen, denn vom Sparen allein wird man nicht gesund. Und wo will man bei den ostdeutschen Ärzten noch Kosten senken? Sie erhalten doch schon weniger Vergütung und haben geringere Punktwerte bei mehr Arbeitsstunden.

Damit behalten die von uns Ärzten vor der Bundestagswahl vertretenen Grundsatzpositionen zu einer grundlegenden Gesundheitsreform, mit dem Ziel der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und der Verbesserung der medizinischen Versorgungsqualität ihre volle Gültigkeit. Aus der Blackbox des GKV-Systems muss endlich ein System transparenter Finanzströme zugunsten der Krankenversicherten werden. Nicht der

Arzt trägt die Schuld an der Finanzmiserere, sondern die zunehmende Zweckentfremdung der Versichertengelder, denn „Verschiebebahnhöfe“ haben die GKV in eine bedrohliche Finanzierungskrise gebracht und nicht die immer wieder öffentlich kritisierte Arzneimitteltherapie.

Eine Absage werden wir auch weiterhin den Bestrebungen hin zu einer ökonomisierten Checklistenmedizin und einer staatlichen Eingriffsverwaltung erteilen. Der medizinische Sachverstand muss in den politischen Diskussionen sehr viel stärker zum Tragen kommen, damit die expertokratische Meinungsdominanz via BMG-Programmen nicht zur Beeinträchtigung der Patienten-Arzt-Beziehung in Praxis und Klinik führt. Eine wachsende Bürokratisierung der ärztlichen Tätigkeit durch DMP und DRG sowie der Verfall der Punktwerte führt zunehmend zu Resignation und einer Abnahme der beruflichen Motivation. Eine hochstehende gesundheitliche Versorgung wird durch zunehmende staatsmedizinische Dirigismen zu Grabe getragen.

Die Rot-Grüne Koalitionsvereinbarung lässt die Vermutung zu, dass aus einem freiberuflich tätigen Arzt ein Gewerbetreibender gemacht werden soll. Die Beschneidung der ärztlichen Selbstverwaltung und die Möglichkeit von Einzelverträgen zwischen Krankenkassen und Ärzten wird zu einer Aushöhlung des Sicherstellungsauftrages mit allen daraus entstehenden Konsequenzen führen. Zugleich macht die Politik aus dem Patienten einen unmündigen Bürger, dem das Recht auf freie Arztwahl durch die Hintertür genommen wird. Kassen und Poli-

tik haben dann leichtes Spiel, ihre ökonomischen Interessen durchzusetzen, wenn der Arzt in eine Zuschauerposition gedrängt wird. Dies werden wir nicht zulassen.

Aufhören muss zudem die öffentliche Difffamierung eines ganzen Berufsstandes durch bestimmte Krankenkassenvertreter und auch durch die Politik. Dies ist im Hinblick auf den bedrohlichen Ärztemangel besonders im Osten Deutschlands kontraproduktiv, da Vertrauen der Patienten unterminiert und potenzieller ärztlicher Nachwuchs frustriert wird. Die von uns vorgelegte Analyse zu den Ursachen eines gravierenden Ärztemangels muss schnellstmöglich zum Inhalt eines Sanierungskonzeptes gemacht werden.

Zusammen mit dem Sächsischen Bündnis für Gesundheit werden wir auch weiterhin unseren Einfluss auf allen Ebenen der Gesundheitspolitik von Sachsen aus geltend machen. Erste Vorstellungen dazu wurden auf einer Sitzung Ende Oktober bereits entwickelt. Zentrale Punkte werden mit Sicherheit die geplante Beschränkung der Selbstverwaltungen und die stetig wachsende Bürokratisierung der Heilberufe sein. Und wenn die Politik den bisherigen Kurs der Ökonomisierung der Medizin so wie bisher weiter verfolgt, dann wird das Bündnis öffentlichkeitswirksame Aktionen starten, welche den Menschen wieder in das Zentrum der Debatten rücken sollen.

Und wie heißt es doch: Nach der Wahl ist vor der Wahl.

Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze  
Präsident